

Linke Politik wird mehr denn je gebraucht. Und für eine linke Politik brauchen wir heute jeden Einzelnen und jede Einzelne. Es muss uns deshalb darum gehen, immer wieder offen und kritisch zu diskutieren, was links heute ist, was es sein kann und eben auf keinen Fall sein darf. Diese Diskussion müssen wir innerhalb der SPD verstärkt führen – wie jetzt im Rahmen unserer Grundsatzprogrammdebatte –, aber auch auf breiter gesellschaftlicher Ebene und mit den Wählerinnen und Wählern der LINKSPARTEI. Eine große Portion Unerschrockenheit täte uns dafür ebenso gut wie die Ehrlichkeit, auch Unbequemes auszusprechen. Politisches Allmachtsgetue ist fehl am Platz, das Abschieben von Verantwortung aber

nicht weniger. Bündnisse auf Bundesebene mit der umgetauften SED-Nachfolgepartei und einer selbsternannten Wahlalternative, die keine Alternative für die Zukunft aufzeigt, können die Herausforderungen der Zeit nicht meistern. Linke Politik kann es, mit gemeinsamer Anstrengung und der steten Verständigung darüber, wie wir soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert verstehen, bewahren und stärken wollen.



Ludwig Stiegler (*1944)
ist Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion.
ludwig.stiegler@bundestag.de

Björn Böhning

Crossover?

Die Chancen einer Koalition links der Mitte

Eine offene Strategiedebatte ist angesagt. Geeigneten Anlass dazu böte gerade das Erstarken der LINKSPARTEI, das der Autor auf die »Unfähigkeit der SPD« zurückführt, »das Bündnis aus aufstiegsorientierten und abstiegsbedrohten arbeitnehmerischen Milieus zu bewahren«. Frühestens 2013 sieht er eine Bündnischance. Momentan jedoch werde die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und LINKSPARTEI umso aggressiver geführt, je mehr Lafontaine & Co unter Prekariern »Teilhabe-Illusionen« nährten.

Wohl war, die Zeiten sind unwägbarer geworden. Die SPD erlebt in der Großen Koalition die Phase eines Übergangs. Eines Übergangs, bei dem das Ziel noch völlig unklar ist: Gelingt es der SPD die unterschiedlichen Lebensstile und Milieus, die ihre Anhängerschaft ausmacht, zu einem starken Projekt »linke Volkspartei« zu bündeln? Oder wird sie zu einer flexiblen und beweglichen Partei der aufstiegsorientierten Arbeitnehmersmilieus, die der politischen Taktik weit mehr Spielraum einräumt als der Wertefundierung? Für beide Szenarien gibt es positive und nega-

tive Beispiele in Europa. In Italien haben es die linken, sozialdemokratisch orientierten Parteien geschafft, in einer konzentrierten Massenaktion das neo-faschistische Berlusconi-Regime abzulösen. In Deutschland dagegen vermag es die SPD zumindest zurzeit nicht, den Charakter einer Volkspartei einzulösen.

Auf der anderen Seite sind die meisten skandinavischen sozialdemokratischen Parteien bewegliche Organisationen in der Mitte des Spektrums, die flexibel mal Mitte-Rechts und mal Mitte-Links-Koalitionen eingehen. Hier hat sich eine

dauerhafte Konkurrenz links der Sozialdemokraten etabliert. In den Niederlanden dagegen implodiert derzeit ein sozialdemokratisches Projekt à la NEW LABOUR an den eigenen Widersprüchen und einer wachsenden Konkurrenz von links.

Einen Königsweg scheint es also nicht zu geben. Aber trotzdem sollte sich die SPD fragen, welches Ziel sie ansteuert. Dieser Richtungskonflikt gärt längst unter der Oberfläche insbesondere der nachwachsenden sozialdemokratischen Führungsreserve. Er ist unausgesprochen. Eine offene Strategiedebatte wäre aber allemal sinnvoller als die Verkleisterung unterschiedlicher Strategien, die nicht zusammenpassen. Das Erstarren der LINKSPARTEI bietet dazu einen geeigneten Anlass.

Blicken wir zurück. In den 80er Jahren nährten sich DIE GRÜNEN »aus dem Fleische« der Sozialdemokratie. Der SPD war es nicht gelungen, die neuen sozialen Bewegungen und veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Widersprüche ideologisch produktiv aufzugreifen. Stattdessen gewannen DIE GRÜNEN bei den jüngeren, größtenteils eher bürgerlichen, werteorientierten und hedonistisch orientierten Milieus immer stärkeren Zulauf. Diese Entwicklung wurde in der damaligen Parteiführung mit Argusaugen beobachtet, nahmen DIE GRÜNEN der SPD doch sukzessive Wählerinnen und Wähler ab.

Im historischen Rückblick lässt sich allerdings sagen, dass DIE GRÜNEN ein so großes Unglück für die SPD nie waren. Als linke Kraft konnte sich die SPD als Partei der Mitte positionieren und ohne größere Kraftanstrengungen und langwierige Kompromissbildung breitere Milieus als bisher in mehrheitsfähige – und bald durchaus stabile – Regierungsprojekte einbinden. Gleichzeitig war sie offen und koalitionsfähig zu allen Seiten. Wenn auch acht Jahre zu spät, gelang es erst mit den GRÜNEN 1998 die konservative Regentschaft von Bundeskanzler Kohl und erstmals die Regierungsbeteiligung der neolibe-

ralen FDP zu beenden. Ob die SPD dies als alleinige parlamentarische Kraft geschafft hätte, darf sicher bezweifelt werden.

Nun wäre es vermessen, diesen Umstand einfach auf die heutige Situation und die LINKSPARTEI zu übertragen. Geschichte wiederholt sich auch hier nicht. Denn im Gegensatz zu den GRÜNEN ist das Erstarren der LINKSPARTEI nicht auf eine Verschiebung der Milieulandkarte (ausgelöst durch die Bildungsexpansion der 70er) zurückzuführen, sondern auf die Unfähigkeit der SPD, das Bündnis aus aufstiegsorientierten und abstiegsbedrohten arbeitnehmerischen Milieus zu bewahren. Dafür stand zwar der Slogan »Innovation und Gerechtigkeit«, er konnte in der praktischen Politik aber selten glaubwürdig eingelöst werden. Die LINKSPARTEI sammelt vor allem im Westen enttäuschte gewerkschaftsorientierte Sozialdemokraten gehobenen Alters und bietet einen scheinbaren Schutzwall für die Verlierer der Globalisierung. Als arbeitnehmerorientierte Partei macht sie damit im Kernbereich der Mobilisierungsreserve der SPD Boden gut. Während es in der neuen Mitte also mittlerweile sehr eng geworden ist, verliert die SPD ihre nach wie vor stimmenstarken traditionellen Bataillone. Eine Situation, die zu ihrer inneren Zerrissenheit zwischen Tradition und Moderne beiträgt.

Aus diesem Grunde ist es für die SPD so schwer, mit der neuen Konkurrenz links von ihr umzugehen. Schon kulturell ist die LINKSPARTEI für viele in der SPD eine schiere Provokation. Die Folge ist eine Tabuisierung des Themas LINKSPARTEI in der SPD. Die Kluft zwischen Sozialdemokraten und LINKSPARTEI wird gleichzeitig umso größer, je vehementer und aggressiver die LINKSPARTEI ohne umsetzbare politische Konzeptionen enttäuschte Wählerinnen und Wähler einer politischen Teilhabeillusion unterzieht. Ein Projekt Rot-Rot auf Bundesebene ist schon allein deshalb keine Perspektive, die vor 2013

überhaupt realistische Chancen hat. Dann aber auch nur, wenn die LINKSPARTEI ihre inneren Widersprüche bewältigen kann und nicht in der parlamentarischen Versenkung verschwindet.

Zu Rot-Rot-Grün gehören immer noch drei ...

Von den Sozialdemokraten relativ unbehehligt – und von den Medien bewusst ignoriert – schwelt nämlich auch in der LINKSPARTEI ein zerstörerischer Strategiekonflikt, der sich quer durch regionale, Generations- und politische Unterschiede zieht. Die LINKSPARTEI erlebt einen Kulturkampf um die Frage, ob sie sich als Protestpartei aufstellen soll, oder als konstruktiv-kritische Kraft der radikalen Linken innerhalb des parlamentarischen Spektrums. Für die erstere Strategie ist die Erarbeitung allzu konkreter Lösungs- und programmatischen Konzeptionen sowie die Entwicklung von Umsetzungsszenarien kontraproduktiv. Sie würden das heute schon brüchige wählerpolitische Fundament der LINKSPARTEI wohl eher schwächen als stärken. Für die zweite Strategie ist sie allerdings unverzichtbar: Ganz ähnlich wie für die SPD stellt sich also auch für die LINKSPARTEI die Frage zwischen Anpassung und einem eigenständigen und mobilisierungsfähigen Modernisierungspfad. Dieser Richtungskonflikt hält auch über den Fusionsprozess an und wird vermutlich zumindest so lange virulent bleiben, solange Oskar Lafontaine die Westausdehnung der PDS als Person symbolisiert. Spätestens bei seinem Abtritt aber wird sich für die LINKSPARTEI die Frage stellen, wie das demografisch schwindende Wählerpotenzial im Osten adäquat kompensiert und eine stabilere Anbindung von Wählermilieus sichergestellt werden kann.

DIE GRÜNEN wiederum leiden seit dem Regierungsverlust im Bund und allen Ländern an politischer Orientierungslosig-

keit, die nur das relativ kongruente Wählermilieu noch überdecken kann. Sie haben mit neu auftretenden programmatischen Widersprüchen (z.B. in der Friedenspolitik) zu kämpfen. Kulturell sehen sich ihre Funktionäre und auch ihre bürgerliche Wählerschicht als *Trendsetter*, die den Anspruch einer Definitionsmacht über die Modernisierung für sich beanspruchen. *Trendsetter* aber, die parlamentarisch wenig bis gar nichts zu sagen haben, sind alles andere als politisch attraktiv. Man spürt förmlich diese Sehnsucht nach Meinungsbildung und -umsetzung eines bei den GRÜNEN stets stark ausgeprägten Sendungsbewusstseins. Folgerichtig fangen auch die Farbenspiele in der Partei wieder an zu toben. Von (Rot-) Rot-Grün über die Ampel bis hin zu *Jamaika* wird bei den GRÜNEN quasi alles diskutiert. Insbesondere für die karibische Variante spricht, dass DIE GRÜNEN mit einer solchen Konstellation aus neu- und alt-bürgerlichen Milieus die kulturellen Grabenkämpfe der 70er Jahre *ad acta* legen würden und ein breites gesellschaftliches Bündnis auf die Beine stellen könnten. Dagegen spricht allerdings, dass soziologische Möglichkeiten selten kulturelle Widersprüche verdecken. Folgerichtig trifft eine schwarz-grüne Option in der grünen Wählerschaft auf offene Ablehnung. Eine solche »Rückkehr der Rebellen in die warme bürgerliche Stube« ist eben alles andere als ein Automatismus für eine nach wir vor linkskulturelle Partei. »Die Mitte-Position mag irgendwann die machtpolitische Option der GRÜNEN vermehren, doch zugleich wird sie dann die programmatische Schärfe mindern, die politische Sprache verdünnen, die kulturelle Eindeutigkeit von ehemals vernebeln« (*Franz Walter*). Zweifelsohne würde eine schwarz-grüne Option, und erst recht eine mögliche Koalition, den GRÜNEN massiv an Glaubwürdigkeit kosten. Diese Falle ist von den GRÜNEN strategisch noch nicht einmal bearbeitet worden.

Welche Chancen hat nun ein Gestaltungsprojekt links von der Mitte?

Strategisch wird diese Frage für die SPD dann virulent, wenn es ihr nicht mehr gelingt, ein kohärentes Wählerpotenzial der aufstrebenden und abstiegsbedrohten Milieus anzusprechen. Genau das hieße es, ein Wählerbündnis für eine linke und immer noch arbeitnehmerisch geprägte Volkspartei zu schließen. Sollte ihr das nicht gelingen, ist dann eine perspektivische Öffnung der SPD zu neuen Gestaltungsoptionen links von der Mitte, also nach 2009, folgerichtig?

In einer Zeit des wandelnden Parteiensystems sind Drei-Parteien-Koalitionen notwendige und unter Umständen politisch tragfähige Regierungskonstellationen. Allerdings ist eine Regierungskoalition aus Rot-Rot-Grün – wie beschrieben – keine Option ohne Vorgeschichte und auch keine Frage simpler Farbenspiele. Vielmehr wären vielfältige Vorarbeiten in und zwischen allen drei Parteien notwendig.

Erstens: Zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKSPARTEI müsste ein programmatischer *Crossover*-Diskussionsprozess im Umfeld der Parteien entstehen, der in das Bewusstsein der Parteien hinein diffundiert. Gemeinsame Anknüpfungspunkte der Diskussion sind ein ähnlich gelagertes Staatsverständnis in der Wählerschaft, erhebliche Schnittmengen im Themenfeld der nachhaltigen Entwicklung sowie in kulturell breit verankerten Feldern wie der Bildungspolitik, der Klimapolitik oder z.T. auch der Zuwanderungs- und Innenpolitik. Auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, der Sozialpolitik und auch der Wirtschaftspolitik bestehen allerdings erhebliche ideologische Unterschiede.

Zweitens: Die entscheidende Frage wird sein, inwieweit SPD, PDS und Grüne sich auf gemeinsame und neue Fragen der Modernisierung des Landes, wie beispielsweise eine kongruente Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels,

einer Vollbeschäftigungsstrategie oder auch einer Reform des Sozialstaats einigen können. Dabei muss es sich vor allem um identifikationsstiftende Projekte handeln, die im Wählersegment der drei Parteien eine hinreichende Entsprechung und Unterstützung finden. Themen wie Mindestlöhne, ökologisches Wirtschaften oder auch die Bildungspolitik könnten hier Brücken bauen.

Drittens: Politik hängt nicht nur an Programmen, sondern zunehmend an Personen. Ein rot-rot-grünes Regierungsprojekt wäre auch davon abhängig, ob in der SPD die Semantik vom »verlorenen und dann ausgestoßenem Sohn« LINKSPARTEI emotional überwunden werden kann. Solange die Reflexe innerhalb aller drei Parteien aber vergangenheitsbedingt wirken, wird eine solche Option nie realistisch sein können. Dazu ist ein entspannter Umgang miteinander notwendig und gleichzeitig eine Enttabuisierung der Auseinandersetzung. Dafür sind Koalitionen auf Länderebene hilfreich. In Berlin hat sich eine rot-rote Koalition etabliert, in anderen Ländern gibt es realistische Szenarien, CDU-geführte Regierungen abzulösen. Im Verbund mit neuen Mehrheiten im Bundesrat kann das für ein rot-rot-grünes Projekt auf Bundesebene eine ungeahnte Dynamik entwickeln.

Es könnte sogar gut sein, dass die SPD aus einem solchen Szenario gestärkt hervorgeht. Denn eine Regierungsbeteiligung der LINKSPARTEI treibt deren innere Widersprüche auf die Spitze und könnte die Glaubwürdigkeit der SPD steigern.

Ohne Zweifel ist bis zur Realisierung einer solchen Option noch ein langer Weg. Allerdings wäre er spannender und erfolgversprechender als im Bundestag stetig neben einer virtuellen Koalitionsoption die schwarze Realität vorgesetzt zu bekommen.

Björn Böhning (*1978)
ist seit Juni 2004 Bundesvorsitzender der Jusos.
bjoern.boehning@spd.de